



## Antrag

Fraktion DIE LINKE

### **Soziale und solidarische Neuausrichtung der EU ist die Antwort auf wachsenden Nationalismus in Europa**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag von Sachsen-Anhalt fordert die Landesregierung auf, sich auf der Bundesebene für die verbindliche Umsetzung des 20-Punkteprogramms der sozialen Säule für die Sozial-, Beschäftigungs- und Gesundheitspolitik auf EU-Ebene einzusetzen.

Dazu gehört die verbindliche Aufnahme einer sozialen Fortschrittsklausel in das EU-Vertragswerk und damit verbunden die verbindliche Festschreibung von Mindeststandards beim Zugang und der Ausgestaltung von Sozialleistungen im Alter, bei Krankheit, Berufsunfähigkeit oder Arbeitslosigkeit.

Die Elemente der sozialen Säule müssen mit gleicher Verbindlichkeit und Priorität wie die vier Grundfreiheiten (freier Verkehr von Waren, Kapital, Dienstleistungen und Arbeitnehmerfreizügigkeit) rechtlich verankert werden.

### **Begründung**

Nach dem Brexit führte sowohl die Sorge um die europäische Integration als auch die Debatte um die soziale Säule auf europäischer Ebene zu einer Erhöhung der Identifikation mit der EU in den 27 Mitgliedsländern. Allerdings ist dieser Zuspruch Ausdruck einer Hoffnung und nicht Ergebnis einer substanziellen Problemlösung der Politik in der EU. In den Ländern Italien und Frankreich ist die neuerliche Erosion der Zustimmung zur EU unübersehbar.

Währenddessen sich die italienische Regierung im Haushalt stark als Protestbewegung gegen die EU-Kommission positioniert, indem sie soziale Verbesserungen gegen deren Intervention verteidigt und gleichzeitig das Haushaltsdefizit durch massive Steuerentlastungen in dem Bereich der Kapital- und Vermögensbesteuerung vergrößert.

(Ausgegeben am 12.12.2018)

ßert, schlägt die EU-Kommission nun umfangreiche Privatisierungen als Lösung des Konfliktes vor, obwohl diese die sozialen Spannungen in Zukunft verstärken werden.

In Frankreich hat der als EU-freundlich geltende Präsident durch eine massive Umverteilungspolitik von unten nach oben radikal an Zustimmung in der Bevölkerung verloren und die Protestbewegung der Gelbwesten auf den Plan gerufen.

Nicht nur in den beiden Ländern Italien und Frankreich wird die wettbewerbsorientierte Politik der EU als Bedrohung für die soziale Lage der Bevölkerungsmehrheit wahrgenommen, in deren Ergebnis nationalistische und antieuropäische Positionen verstärkt werden.

Dieser gefährliche Prozess kann nur dadurch aufgehalten werden, dass die EU mit einem sozialen Mehrwert und sozialem Schutzraum verbunden wird. Die Umsetzung des 20-Punkteprogramms der sozialen Säule kann dazu einen wichtigen Beitrag leisten, allerdings nur dann, wenn sie verbindlich festgeschrieben wird und nicht nachrangig gegenüber vermeintlichen Markterfordernissen steht.

Thomas Lippmann  
Fraktionsvorsitzender